

# CHRONIK DER ZEIT

## Um die Wiedervereinigung

Seit dem Kriege ist über die deutsche Wiedervereinigung nicht so viel gesprochen und geschrieben worden wie in den letzten Wochen. Das einzige Positive an der lebhaften, aber leerlaufenden Debatte über dieses Problem ist bisher, daß sich die Welt der kardinalen Wichtigkeit der deutschen Wiedervereinigung bewußter geworden ist. Es dämmert der öffentlichen Meinung im Westen, daß ein auf der Teilung Deutschlands aufgebauter Zustand in Europa nicht haltbar ist. Die Regierungen halten noch an dieser Konzeption fest, geraten aber immer mehr in Gegensatz zur öffentlichen Meinung. Besonders gilt das für England. Aber auch in Amerika und sogar in Frankreich kann man diese Symptome feststellen.

Die deutschen Parteien bestreiten einen Großteil ihrer Wahlpropaganda mit der Außenpolitik. Die Regierungsparteien sprechen unentwegt von der Vereinigung Europas und beteuern, wie Eisenhower, daß die Europaverträge die Wiedervereinigung Deutschlands nicht behindern, sondern fördern. Die Opposition erklärt, daß von einer Vereinigung Europas nicht die Rede ist, sondern nur von einem Verband einiger Staaten zum Zweck der Gewinnung und Beaufsichtigung deutscher Truppen, und daß die Europaverträge völlig auf dem Gedanken der dauernden Teilung Deutschlands aufgebaut sind. Zahlreiche französische Stimmen, wonach bei einer Vereinigung Deutschlands wegen des dann bestehenden deutschen Übergewichts die Europa-pläne hinfällig würden, bestätigen das. Unerwünschte Schützenhilfe erhält die Opposition aus Moskau, wo die *Prawda* einen Wahlsieg der Sozialdemokraten an die Wand malte, der den Westverträgen ein Ende bereiten würde. Der Westen will die Regierung Adenauer halten, der Osten will sie beseitigt sehen. Er haßt die Sozialdemokraten, sie wären ihm aber außenpolitisch willkommen.

Den Ruf nach einer Viermächtekonferenz zur Wiedervereinigung Deutschlands haben, schon aus Rücksicht auf die Volksstimmung, alle Parteien in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Die Gedanken, die sie dabei hegen, sind aber verschieden. Wieweit haben die deutschen Parteien eine klare, deutsche Konzeption der Außenpolitik? Die Europa-projekte werden von vielen Millionen nicht als Ausdruck deutscher Politik, sondern als Ausführungsbestimmungen alliierter Forderungen aufgefaßt. Erst die Entwicklung der letzten Zeit hat auch im Schoß der Regierungsparteien eine Diskussion über mögliche Alternativen und über die Ausarbeitung einer selbständigen deutschen Außenpolitik hervorgerufen. Vom Beitritt zum

Atlantikpakt bis zur bewaffneten oder unbewaffneten Neutralität — die letztere wird fast einhellig abgelehnt — sind dabei alle Möglichkeiten erörtert worden, selbst aus Federn, die bis vor kurzem ausschließlich die sogenannte Europapolitik vertreten haben. Eine einheitliche Linie hat sich aber bisher nicht herausgebildet. Die SPD tritt demgegenüber in mancher Hinsicht schärfer profiliert auf. Sie lehnt die Europaverträge ab und verlangt eine Viererkonferenz mit dem Ziel einer unabhängigen deutschen Mittelstellung. Das letztere geht allerdings aus ihren Kundgebungen weniger klar hervor als der negative Teil des Programms; es folgt aber logisch aus ihrer Ablehnung der einseitigen Westbindung und ihrem Verlangen, auch den Russen bestimmte Konzessionen zu machen. In der Wehrfrage ist die Haltung der Partei noch weniger deutlich. Sicher ist nur, daß die Wiedervereinigung Deutschlands von der SPD unbedingt über eine Vereinigung Westdeutschlands mit anderen Ländern gestellt wird. Allen Parteien ist gemeinsam, daß sie wenig von der Oder-Neiße-Linie reden. Man scheint, um den Preis der Wiedervereinigung mit der Ostzone, hier zu einem „Modus vivendi“ bereit, der einem vorläufigen Verzicht gleichkommt. Sprecher der Regierungsparteien wagen sich sogar schon mit Projekten hervor, die dunkle Andeutungen einer Internationalisierung der deutschen Ostgebiete enthalten, einer „Völkergemeinschaft neuer Art“, in der die jetzigen deutschen Vertriebenen friedlich mit ihren Vertriebern zusammenwohnen sollen. Diese seltsamen Pläne fußen auf der Vorstellung, daß für alle diese Menschen dort Platz sein wird. Ein Sprecher, der sich gegen „neue Austreibungen“ im Falle einer Rückgewinnung der Ostgebiete wandte, wurde allerdings auf einer Vertriebenen-tagung ausgepöbeln. Es scheint in der Tat gewagt, die Vertreibung des rechtmäßigen Besitzers und die Entfernung des Räubers aus dem unrechtmäßig angeeigneten Besitz auf eine Stufe zu stellen.

## Verschleppte Viererkonferenz

Vorderhand hat sich der offizielle Standpunkt Amerikas, jedenfalls des Außenministers *Dulles*, im wesentlichen durchgesetzt. Die Vorkonferenz in Washington wollte den Weg zu einer Einigung mit den Russen getreu dem bisherigen Schema dadurch verrammeln, daß sie als Thema der Viererkonferenz die Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland beschloß. Es ist das alte Lied. Die Russen denken nicht daran, ihre Hälfte von Deutschland auf diese Weise ohne Gegenleistung aus der Hand zu geben. Der Westen kann zwar wieder sagen: Wie gerecht sind wir, denn wir wollen freie Wahlen, und wie ungerecht sind die Russen, denn sie lehnen sie ab —

aber die Wiedervereinigung Deutschlands kommt nicht vorn Fleck, denn das ist kein praktischer Ausgangspunkt.

Weniger beachtet wurde der zweite Punkt der Einladung zur Viererkonferenz: Handlungsfreiheit für eine künftige gesamtdeutsche Regierung. Das ist eine wichtige Konzession an Rußland. Natürlich handelt es sich um eine Selbstverständlichkeit, denn eine noch nicht bestehende gesamtdeutsche Regierung kann man heute nicht binden. Bisher aber sprachen die Westmächte und die Bundesregierung so, als wäre der Westanschluß eines kommenden vereinigten Deutschlands die Selbstverständlichkeit. Die Anerkennung der Handlungsfreiheit einer etwaigen gesamtdeutschen Regierung enthält geradezu die Anerkennung voller Souveränität. Abzuwarten bleibt allerdings, mit welchen Klauseln dieser Rahmen gefüllt werden soll. Immerhin ist hier der einzige Hoffnungsschimmer zu sehen, der die Konferenzpläne überhaupt am völligen Versanden hindern kann. Die Russen haben genau hingehört, und wenn sie schließlich die Einladung annehmen, so liegt der Grund in diesem Punkt.

Die Annahme der Einladung war allerdings so verklausuliert, daß die Hoffnungen auf eine Konferenz zunächst schrumpfen mußten. Churchill hatte noch eine Konferenz ohne Tagesordnung vorgeschlagen; jetzt ist der alte Streit um die Tagesordnung wieder in vollem Gange. Die Westmächte wollen freie Wahlen, dann Verhandlungen über einen Friedensvertrag. Die Russen wollen zuerst den Friedensvertrag (mit wem, wenn noch keine gesamtdeutsche Regierung vorhanden ist?), dann „ein Wahlgesetz“ durch eine Art föderale Regierung, die aus Vertretern West- und Ostdeutschlands zu bilden wäre. Weiter lehnen sie eine Beschränkung auf die deutsche und österreichische Frage ab und verlangen die Hinzuziehung Chinas. Da sie sehr gut wissen, daß allein die letzte Frage, ebenso aber die Reihenfolge der Punkte für die deutsche Frage für Amerika unannehmbar ist, so heißt die ganze Sache, daß es ihnen mit einer Konferenz nicht eilig ist.

### Vertauschte Rollen im Unterhaus

Im englischen Unterhaus zeigte sich eine Umkehrung der Fronten. Die konservative Regierung des noch abwesenden Churchill blies ins amerikanische Horn, indes die Labour-Opposition den Standpunkt Churchills verfocht. Sie verwies darauf, daß der Passus über die Handlungsfreiheit einer künftigen gesamtdeutschen Regierung durch die anschließende Betonung der EVG-Politik entwertet wird, wie sie im Washingtoner Kommuniqué zu finden ist. Man kann dies allerdings so deuten, daß damit eine Fortsetzung der jetzigen Politik

gemeint ist, solange keine deutsche Wiedervereinigung zustande kommt. Schatzkanzler Butler, der Vertreter Churchills, betonte die Berechtigung eines russischen Sicherheitsbedürfnisses und sprach die Hoffnung aus, daß westliches und östliches Sicherheitsbedürfnis sich miteinander vereinbaren lassen werden. Anschließend sagte Butler, Deutschland dürfe nicht in einer „gefährlichen Isolierung“ gelassen werden, sondern müsse als Partner des Westens in der EVG und dem Atlantikpaktsystem seinen Platz einnehmen.

Das klang wieder wie die alte Forderung, auch ein vereinigtes Deutschland dem Westen anzugliedern. Nicht nur die Opposition, sondern auch die Presse antwortete dem Schatzkanzler sofort, daß damit eine Einigung Deutschlands illusorisch wird. Die „Times“, immer noch ein Indikator der wirklichen englischen Außenpolitik, sagte rund heraus, daß ein positives Ergebnis einer Viererkonferenz unvereinbar ist mit der Aufrechterhaltung der EVG. Der „Manchester Guardian“ diskutierte sogar die Neutralisierung Deutschlands mit dem etwas phantastischen Zusatzvorschlag, auch Polen und die Tschechoslowakei zu neutralisieren, so daß es in Europa einen großen, zentralen Neutralitätsblock gäbe.

Daß England von der EVG und überhaupt jedem Schritt zur politischen Vereinheitlichung Europas nicht entzückt ist, weiß alle Welt, und die englische politische Tradition läßt eine andere Haltung gar nicht zu. Aus diplomatischen Gründen gibt die Regierung immer wieder Erklärungen zugunsten der EVG ab, aber man darf an ihrer Begeisterung für dieses Projekt zweifeln. Ungeachtet aller Dementis entwickelt sich der EVG-Plan von einem gewaltigen, säkularen Schritt zur Einigung Europas zu einem bloßen diplomatischen Handelsobjekt, mit anscheinendem Eifer weiterbetrieben zu dem Zweck, die Russen zu fragen: Was gebt ihr uns, wenn wir davon ablassen?

Butlers Erklärung, die scheinbar Unvereinbares zu vereinen suchte, muß im Zusammenhang mit dem Brief des Bundeskanzlers Dr. Adenauer an Dulles gelesen werden. Der Kanzler schlug in diesem Brief ein ostwestliches Sicherheitssystem vor, also eine Art Ost-Locarno im Sinne der Vorschläge Churchills. Etwas Ähnliches scheint Butler vorgeschwebt zu haben. Deutschland in die EVG oder in den Atlantikpakt, dann gesamt-europäisches Sicherheitsabkommen mit der Sowjetunion. Solche Vorschläge sind auch von deutschen Politikern schon gemacht worden (Schütz, Pfeleiderer u. a.), aber sie dachten eher an Verträge Deutschlands nach beiden Seiten als an gesamteuropäische Verträge mit Rußland. Der Kanzler meint, daß für die Russen eine europäische Garantie günstiger wäre als

eine bloß deutsche. In dieser Ausweitung dürfte der Vorschlag jedoch für die Russen unannehmbar sein. Für sie ist die EVG ein imperialistischer Zusammenschluß zum Krieg gegen die Sowjetunion, und jede Garantie seitens eines solchen Gebildes sehen sie von vornherein nur als eine Tarnung für die inzwischen weitergehende Kriegsrüstung an.

Eine deutsche Wiedervereinigung ist auf friedlichem Wege, wenn überhaupt, nur um den Preis des Verzichts auf die Westeingliederung Gesamtdeutschlands zu erreichen. Ein selbständiges Deutschland in Mittellage, zunächst international garantiert, später fähig, sich selbst zu verteidigen, ist die einzige und im Grunde selbstverständliche Lösung. Wie so häufig in der Politik, ringen sich die Beteiligten zu der selbstverständlichen Lösung nur schwer durch. Sie versuchen zunächst alle möglichen, komplizierten Projekte, verwickeln sich in ihren eigenen diplomatischen Schlingen und glauben mit einer merkwürdigen Naivität, den anderen Partner mit allen möglichen Tricks hineinlegen zu können.

Wie stellen sich die Russen die Wiedervereinigung vor? Man hört, daß sie zunächst eine Art loser Föderation zwischen ihrer Zone und der Bundesrepublik ins Auge fassen, eine gesamtdeutsche Regierung, die vom Bundestag und der Volkskammer gemeinsam gebildet würde. Eine solche Regierung würde den Schein der Vereinigung erwecken, ohne daß eine Substanz dahinterstände. Es wäre eine Schattenregierung. Die wirkliche Macht läge natürlich bei den Regierungen von Bonn und Pankow bzw. den betreffenden Besatzungsmächten. Gesamtdeutsche Gesetze wären in wesentlichen Punkten unmöglich. Das Terror-Regime in der Sowjetzone würde anhalten und den Schein der Legalisierung gewinnen. Das ist selbst als Übergangsmaßnahme nicht annehmbar. Solche Pläne würden nur darauf hindeuten, daß die Russen nicht ernstlich daran denken, ihre Zone aufzugeben, die dort vollzogene Sowjetisierung zugunsten einer Wiederkehr des Kapitalismus fallenzulassen — ein Schritt, den man sich überhaupt schwer vorstellen kann.

Österreich hat eben einen schüchternen Versuch gemacht, selbständige politische Regungen zu zeigen. Es hat direkt mit Moskau verhandelt und die Streichung der russischen Besatzungskosten erreicht. Darauf ein Sturm der Entrüstung im Westen. Warum, bitte? Sieht so der Wille aus, die besetzten deutschen Länder „nicht mehr als Objekt“ zu behandeln? Die österreichische Regierung hat tapfer geantwortet, sie mache weder amerikanophile noch russophile, sondern österreichische Politik.

### Eine Ratifizierung

Die Ratifizierung des EVG-Vertrages durch die eine holländische Kammer, die übrigens

ihre Bedenken nur schwer überwand, hat die offiziellen Anhänger der EVG-Politik überall erfreut. Die andere Kammer läßt sich Zeit bis zum Herbst. In Paris sind die Fronten weiter starr, und diejenige der Ratifizierungsgegner ist immer noch die stärkere. In Deutschland hat Karlsruhe noch sein gewichtiges Wort zu sprechen, und auch Karlsruhe läßt sich Zeit bis zum Herbst. Wäre die EVG eine Aktiengesellschaft — wie würden wohl ihre Aktien an der Börse stehen? Es ist fast schade, daß es keine politische Börse gibt. An ihr könnte man ablesen, wie die Aussichten der diplomatischen Projekte wirklich stehen. Eine starke Spekulation à la baisse, würde der Börsenbericht wohl sagen, vom Publikum ausgehend, hat den Kurs unter pari gedrückt, doch haben Stützungskäufe der amtlichen Stellen einen Sturz bisher verhindert. Das Papier gehört eher zu den Spekulations- als zu den Anlagewerten. Die Aktien einer Viererkonferenz würden allerdings auch nicht gut stehen . . .

Im holländischen Parlament bekam Deutschland wieder einige Liebenswürdigkeiten zu hören. Die EVG müsse angenommen werden, sagten alle Redner, weil sie das einzige Mittel sei, die Entstehung einer eigenen deutschen Armee zu verhindern, die wieder eine Gefahr für Europa werden könnte. Ähnliches hört man aus allen westlichen Hauptstädten. In Deutschland wagt immer noch niemand, gegen diese unfreundlichen Reden zu protestieren. Die aus der Kriegspropaganda stammende Identifizierung von bewaffnetem Deutschland mit kriegerischem Angriff treibt immer noch ihr Unwesen. Will man ein Bündnis, muß man die Mentalität der vergangenen Kriegszeit abbauen. Das selbständige, bewaffnete Deutschland ist lange genug ein Hort des Friedens gewesen, als es noch eine vernünftige Regierung hatte, und kann es wieder werden. Daß wir den Fluch der wahnsinnigen Hitlerpolitik noch lange zu tragen haben werden, ist wahr, aber daß Ressentiments jeder Art keine Grundlage für eine vernünftige Politik sind, das ist noch wahrer.

### Korea: Endlich Waffenruhe

Der koreanische Waffenstillstand ist endlich unterzeichnet worden. Man hatte lange angenommen, daß der Osten hier nichts bezwecke als endlose Verzögerungstaktik — nun hat sich gezeigt, daß hinter der langen Verschleppung nicht unbedingt der Wille steht, überhaupt zu keinem Abschluß zu kommen. Das wirkt ermutigend auf die Bestrebungen, mit endloser Geduld, die man von den Asiaten lernen kann, doch eine friedliche Einigung auch über die deutsche Frage anzustreben. Die koreanische Lage ist allerdings nur teilweise ähnlich, und

das Ergebnis, die Beibehaltung der Teilung des Landes, ist für uns abschreckend. Daß die Kommunisten doch friedlich wurden, ist nur durch die Entfaltung militärischer Macht auf der anderen Seite erreicht worden. Hätte man 1950 erklärt, nur friedliche Mittel anwenden zu wollen, so hätte das auf die Kommunisten wahrscheinlich wenig Eindruck gemacht.

Die Lehren des Koreakrieges sind mannigfaltig. Zunächst hat sich gezeigt, daß ein Konflikt sich lokalisieren läßt und nicht unbedingt zu einem Weltkrieg führen muß. Das kommunistische China hat sich als gewichtige, wenn auch nicht entfernt erstklassige Macht erwiesen — sein Eingreifen allein hat die nordkoreanischen Kommunisten gerettet. Korea selbst, in seinen beiden Hälften, ist mehr Objekt und Diener gewesen. Es hat trotzdem mit unerhörtem Mut gekämpft, den man bei einer Nation, die so lange ausgelöscht war, vielleicht nicht erwartet hätte. Im Norden haben Zwang und kommunistische Erziehung zum Fanatismus dazu beigetragen — aber bei den Südkoreanern war die tapfere Haltung doch freiwilliger.

Wir haben jahrelang gehört, daß die asiatischen Kleinbauern ihre feudalen Großgrundbesitzer-Regierungen hassen, sie im Kampf gegen den Kommunismus nicht unterstützen und von dem letzteren das soziale wie nationale Heil erwarten. In Südkorea hat ein ganzes Volk, und zwar weit einsatzbereiter als man auf Grund von Zwang und alliierter Besetzung annehmen konnte, mit wildem Mut für die Regierung eines bekannten Reaktionärs gekämpft, und das Regime der Großgrundbesitzer schien ihm sympathischer als das Regime der kommunistischen Funktionäre. Das

ist mit den herkömmlichen Schablonen nicht zu erklären. Eher schon damit, daß die asiatischen Bauern hinter den kommunistischen Versprechungen unausweichlich die Kollektivierung lauern sehen, die doch zum grundsätzlichen Programm des Kommunismus gehört. Diese scheint ihnen um nichts besser als das Feudalregime, sie sehen darin mit Recht nur eine neue Feudalordnung. Sie wissen auch, daß von der reaktionären Regierung irgendwie ein Weg zu einer freiheitlichen Ordnung führen kann, von einer kommunistischen Regierung aber niemals. Großgrundbesitzer sind leichter zu beseitigen als Funktionäre eines totalitären, von außen aufrechterhaltenen Systems. Die Hohlheit der nationalen Freiheit unter den Kommunisten, die Angst vor dem bei seinen kleineren mongolischen Nachbarn gar nicht beliebten China hat weiter zu dem Kampfwillen der Südkoreaner beigetragen. Sie ist auch in Indochina offenkundig ein wichtiger Faktor.

Als wichtigstes weltpolitisches Faktum ist festzuhalten, daß die Vereinigten Staaten in Korea bewiesen haben, daß sie keine Beschwichtigungspolitik gegenüber Moskau zu treiben bereit sind. Der schnelle Einsatz und der heldenhafte Kampf einiger amerikanischer Rekrutendivisionen hat vor drei Jahren in Korea die Lage gerettet. Ehre denen, die dort die Schlacht der Welt schlugen! Es war auch unsere Schlacht. Hätte Amerika nicht in Korea eingegriffen, so hätte der Kommunismus das Land verschluckt und wäre alsbald zum nächsten Angriff angetreten — wahrscheinlich in Deutschland. Die russische Politik ist bedeutend vorsichtiger geworden, seit sie in Korea auf Stahl biß.

WALTER THEIMER